

dazu vor einem Gericht, dessen Mitglieder schon ihrer sozialen Stellung nach (vgl. Mayers eigene Angaben im Brief an W.Goetz vom 14.7.47) über ein ausreichendes Verständnis für die zur Erörterung stehenden Fragen der Wissenschaft und des akademischen Lebens gar nicht verfügen konnten, geradezu ein Musterbeispiel für die Problematik der amerikanischen Entnazifizierungspolitik darstellt.

Immerhin wird man verstehen müssen, dass Mayer aus dem Ergebnis des Verfahrens neue Hoffnung schöpfte. Aber wiederum wird man, auch aus zeitlicher Distanz gesehen, nicht behaupten können, dass die nun von ihm eröffnete Polemik, die ihren schriftlichen Niederschlag in einer Anzahl an W.Goetz gerichteter Briefe fand und schliesslich in einem an zahlreiche Historiker des In- und Auslandes versandten Rundschreiben von Ostern (28.3.) 1948 gipfelte, besonders geeignet gewesen wäre, seine Position zu verbessern. Denn dazu waren die Argumente, deren er sich bediente, zu fragwürdiger Natur. Er bestritt das Wahlrecht der ZD, vielleicht ohne zu wissen, dass es soeben von den Vertretern der Bayerischen Staatsregierung nochmals anerkannt worden war. Er bezweifelte, ohne den geringsten Beweis dafür zu erbringen, die Legitimation der von den Akademien entsandten oder beauftragten Vertreter, was aus den Akten ohne Mühe zu widerlegen war. Er kritisierte die Zusammensetzung der neuen ZD, besonders weil das wie er behauptete einzige noch lebende Mitglied der früheren ZD A.Hofmeister - Greifswald nicht herangezogen worden sei; als Präsident des ehemaligen Reichsinstituts hätte er wohl wissen müssen, dass zu deren überlebenden Mitgliedern auch A.Brackmann, der eine an ihn ergangene Einladung aus Gesundheitsgründen abgelehnt hatte, und M.Grabmann, der 1946 in die neue ^{ZD} gewählt war, gehört hatte. Besonders ereiferte er sich darüber, dass angeblich F.Hartung an der Neuwahl des Präsidenten teilgenommen habe, obwohl er als Vertreter der neueren Geschichte dafür nicht zuständig sei; allein in Wahrheit hatte Hartung, wie sich unzweideutig aus dem Protokoll ergibt, nur beratend an einer Sitzung teilgenommen und war bei der Wahl gar nicht mehr anwesend gewesen. Hartung aber galt sein besonderer Zorn, weil für ihn, wie Mayer völlig grundlos versicherte, jeder Österreicher ein rotes Tuch sei. Wenn Mayer dann weiter die Behauptung aufstellte, Präsident Stroux habe mir schon im Spätsommer 1945 die Gesamtleitung der MG übertragen wollen, so mochte er sich mit einem Schein des Rechts auf einen Passus in dem ihm von seinem Vertrauensmann H.Scheel zugespielten Protokoll der oben S. 10 erwähnten Sitzung der Berliner Akademie vom 13.9.45 berufen, dessen in der Tat sehr irreführende Formulierung übrigens aller Wahrscheinlichkeit nach von Scheel selber stammte, da er damals noch als Direktor bei der Akademie das Sitzungsprotokoll zu führen hatte (Abschrift des Protokolls bei den Akten der MG, Herbst 1948; dazu meinen Brief an Hartung vom 17.7.48 und Hartungs Antwort, undatiert, offenbar von Ende September 48). Aber auf der andern Seite ~~war~~ ^{hatte} Mayer ja den Brief von Stroux an den Regierungspräsidenten in Ansbach, der den Sachverhalt